

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Lunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 80.

Berlin, Mittwoch, 14. Oktober 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Streiklichter aus dunkeln Landen. — Die Arbeiterorganisationen der Kulturstaaten. — Ein „zielbewusster“ Arbeiterauschuß. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Streiklichter aus dunkeln Landen.

Aus dem Saarrevier kommt die Kunde von großen Meineidsprozessen, in denen arme Bergarbeiter zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Bereits im April erhielt ein Bergmann 15 Monate Gefängnis, im Juli gab es drei Opfer: Ein Angeklagter erhielt 1 Jahr Zuchthaus, ein anderer 9 Monate Gefängnis und ein Obersteiger wegen verbotener Verleitung zum Meineid ein Jahr Zuchthaus. Nun standen am 8. und 9. Oktober wieder drei „königliche“ Knappen unter der Anklage des Meineids vor den Geschworenen. Zwei von ihnen wurden zu 1 Jahr, einer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei bewilligte das Gericht allen mildern Umständen, weil sie ein umfassendes Geständnis ablegten und sich bei Begehung der Tat in Gewissensnot befanden. Gäßen sie damals die Wahrheit gesagt, so wären ihnen Schwierigkeiten in ihrem Arbeitsverhältnis entstanden, und sie hätten sich selbst eines Vergehens bezichtigt müssen.

Damit ist dieses äußerst traurige Kapitel aber noch nicht zu Ende. Am 12. Oktober stehen ebenfalls zwei Bergleute vor den Schranken des Gerichts, und weitere Prozesse werden folgen. Es ist eine Schmach für die ganze Bergarbeiterbevölkerung des Saarreviers, was hier an Schmutz aus den Staatsgruben an die Öffentlichkeit dringt. Die armen Opfer und ihre Familien sind dabei am meisten zu bedauern.

In Nr. 63 des „Gewerkeverein“ schilderten wir aus Anlaß eines Grubenunglücks, wie in kurzer Zeit fast 200 Saarbergleute in drei großen Katastrophen ihr Leben lassen mußten. Trotz aller schönen Denkmäler, die man den Toten gesetzt hat, haben die Familien ihre Ernährer, die Einwohner ihre Freunde, ihre Lieben verloren. Was jetzt hier vorgeht, ist aber fast noch schlimmer. Die Toten sind mit Ehren begraben, ihre Sinterbliebenen finden, wenn auch schwer, so doch immerhin einen Trost und ihr Fortkommen. Aber die Angehörigen derer, die jetzt vor dem Richter stehen, die jedesmal laut aufstöhnen, wenn wieder ein Urteil verkündet wird, durch das Familienväter, die bis zu 10 Personen zu ernähren haben, auf lange Zeit ins Gefängnis geworfen werden, sie finden wenig Trost. Die Schande drückt ihnen sowohl als auch den Opfern selbst ihren Stempel auf. Kurzum, es ist eine Tragödie, die geradezu erschütternd wirkt.

Was ist die Ursache dieser schrecklichen Vorgänge? Ein Bergmann hat erklärt, zwei Jahre lang an jedem Lohnstage von den Leuten seiner Partie für einen Fabrikarbeiter Geld gesammelt zu haben. Auch für einen anderen Obersteiger habe er Geld gesammelt. Das Geld diente zum „Schmierer“ der Beamten, damit sie den Vergleuten günstige Bedinge setzten. Nun hat der Mann unter seinem Eide ausgesagt, ihm sei von Durchstechereien nichts bekannt. Die Gründe, die ihn zu dieser falschen Aussage veranlaßten, haben wir oben geschildert. So ähnlich steht's auch in den anderen Fällen. Der Staatsanwalt führte aus, er könne nicht begreifen, wie eine so große Zahl von Vergleuten sich gegen den Eid vergehen könnte, es müsse eine dunkle Wolke über den Höhen der Gegend gelagert haben.

Zatwoh! Es ist eine dunkle Wolke der Bevormundung und des „Patriarchalismus“, die jene Musterbetriebe beschattet. Wohl nirgends wird so systematisch jede freie Bewegung unterdrückt und jede Kriecherei belohnt, als gerade in Saarabien. Kein Wunder, daß die Bevölkerung so rückständig erscheint, wie es in der öffentlichen Eidesverletzung der Vergleuten zutage tritt. Auf diesem Boden führt Dr. Tille seinen Kampf; das sind die Zustände, die entstehen müssen, wenn man statt das Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiter zu stärken, es für gut hält, Kreaturen zu züchten, die in Liebedienerei vor ihrem Vorgesetzten sich nicht genug tun können. Die festen Charaktere, die in einem solchen System zum Segen der Bevölkerung herrschen könnten, sind dünn geät. Der Absolutismus wirkt entartend auch in der Industrie.

Wie weit sich die Kreise noch ziehen, die durch die ganzen Untersuchungen aufgedeckt werden, ist nicht abzusehen. Hier und da scheidet etwas durch, aber feste Gestalt nehmen diese Gerichte nicht an. Es scheint ja, als sollte die Affäre auf die eine Grube beschränkt bleiben. Niemand will zwar recht daran glauben, daß nur dieser eine „Pütt“ verfeucht sei. Aber wenn auch die anderen Gruben vor der Öffentlichkeit rein bleiben, was jetzt an den Tag gekommen, ist gerade genug. Sprach man doch kürzlich davon, es sollten die Löhne von Vergleuten, die zwei Jahre beim Militär gestanden haben, für die ganze Zeit verrentet werden sein.

Soffen wir, daß die ganze Angelegenheit luftreinigend wirkt. Es wird harte Arbeit kosten, hier reformierend einzugreifen. Da müssen die Arbeiter selbst mit Hand anlegen, indem sie sich wirklichen Berufsorganisationen anschließen, Standesbewußtsein und Kollegialitätsgefühl pflegen, um gegen das herrschende System wirksam anknüpfen zu können. Leider ist bis jetzt noch wenig Aussicht auf eine gedeihliche Entwicklung in diesem Sinne. Die christlichen Gewerkschaften liegen in bitterer Fehde mit den katholischen Fachabteilungen. Nirgends tobt so heftig der Bruderkampf wie gerade hier. Der eine macht dem anderen Vorwürfe, und wer alles lesen muß, was hier zum Zwecke gegenseitiger Bekämpfung geredet und geschrieben wird, der denkt unwillkürlich an ein bekanntes Wort des Dichters Heine.

Hier gibt es nur ein Mittel zur Besserung, das ist die völlige Auflösung der beruflichen Organisation von jedem politischen und religiösen Sonderbestreben, wie es in den Deutschen Gewerkevereinen zum Ausdruck kommt. Wie die Verhältnisse bis jetzt liegen, wird es wohl noch eine Zeit dauern, bis sich diese Erkenntnis durchringt. Bis dahin werden sich die Arbeiter weiter bekämpfen und der lachende Dritte steht abseits. Fürwahr, es ist ein trauriges Kapitel! E.

Die Arbeiterorganisationen der Kulturstaaten.

II.

Für fünf Großstaaten wird außerdem die Bewegung der Mitgliederziffern in den Jahren 1903—1906 angegeben. Im allgemeinen wies das günstige Jahr 1905 die höchste Steigerung der Mitgliederbestände auf, in Oesterreich sogar um nicht weniger als 70,85 Prozent, was freilich sich zum guten Teile aus der immer noch geringen Zahl der Gesamtmitglieder dort erklärt. Im Jahre 1904 betrug die Zunahme gegen das Vorjahr deselbst 25,02 Prozent, im Jahre 1906 aber noch immer 38,74 Prozent. Für Frankreich ist die Mitgliederzunahme seit dem Jahre 1904, wo sie 10,87 Prozent betrug, im steten Sinken begriffen, was sich übrigens aus der stabilen Zahl der Bevölkerung wie aus den gegen-

seitigen Kämpfen der Organisationen erklärt; sie fiel bis auf 7,16 Prozent im abgelaufenen Jahre. Deutschland wies bekanntlich eine starke Vermehrung der Organisierten auf, die im Laufe der drei hier in Betracht kommenden Jahre sich auf 14,86, bezw. 24,25, bezw. 21,71 Prozent stellte. Eigenartig verlief die Kurve in Großbritannien. Die dortige schlechte Konjunktur, die jetzt wiederum im Auge zu sein scheint, bewirkte im Jahre 1904 einen Rückgang der Gewerkevereinsmitglieder um 2,1 Prozent, der sich jedoch weiterhin in eine Zunahme um 1,3 bezw. sogar um 10,1 Prozent verwandelte. Man sieht hier, wie die günstige Konjunktur sich sofort automatisch in eine Vermehrung umsetzte. Entsprechend verlief auch die Ziffer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, für welche allerdings nur die Angaben der „American federation of Labour“ vorliegen, die noch nicht drei Viertel aller Organisierten umfaßt. Auf eine Steigerung um 14,26 Prozent im ersten Berichtsjahre folgte ein Rückgang um 10,06 bezw. um 3,35 Prozent.

Endlich seien noch die äußerst interessanten Verhältniszahlen angeführt, die darüber belehren, wieviel auf je ein Mitglied der Arbeiterorganisation an Jahreseinnahmen, wie Ausgaben und Vermögen, und diese nach einzelnen Zwecken gesondert entfiel. Freilich sind die Angaben wohl nicht schlechtweg vergleichbar und entscheidend ist auch die Lage der Befehabung in den einzelnen Staaten, z. B. dafür, ob Unterstütionen gezahlt werden. Bei den Ausgaben für Streiks kann der Zufall entscheiden, ob das betreffende Jahr ein reiches oder armes daran war. Trotzdem bleiben diese Ziffern von großer Bedeutung.

Voran stehen die britischen Gewerkevereine, die, auf den Kopf des Mitgliedes berechnet, 37,51 Mark jährlich vereinnahmten, 29,93 vorausgaben, darunter rund zwei Drittel für Unterstütionen und ein Vermögen von nicht weniger als 83,24 Mk. besaßen. Am nächsten kommen ihnen die Niederlande mit einer Einnahme von 29,39 und einer Ausgabe von nur 6,08 Mk., die dabei einen Kasienbestand von 32,76 Mk. aufwieserten. Ebenso Norwegen mit 28,15 Einnahmen, 20,89 Mk. Ausgaben, davon die Hälfte für Streiks und einem Bestande von 21,11 Mk. und Dänemark mit 20,54 bezw. 12,50 bezw. mit 26,99 Mark Bestand. Gegen alle diese Länder steht unsere Heimat weit zurück. Das Deutsche Reich wies für seine Arbeiterorganisationen nur 21,08 Einnahme, 13,61 Ausgabe — davon 7,14 für Streiks — und nur 14,12 Mk. Vermögen auf. Für Schweden lauten die bezüglichen Ziffern 15,28 bezw. 10,88 bezw. 8,74 Mk., für Oesterreich 13,24 bezw. 14,28 — also ein Defizit! — bezw. 13,88 Mk. für Belgien 12,74 bezw. 9,34 bezw. 8,27 Mk. Für die Vereinigten Staaten liegen nur unvollständige Angaben vor, ebenso für Italien, aus denen aber der Tiefstand der Mittel der dortigen Arbeiterorganisationen deutlich ersichtlich ist.

Wir kommen demnach auf die internationale Vergleichung der Zustände eingehender zurück.

Ein „zielbewusster“ Arbeiterauschuß.

Die Arbeiter der Vogtländischen Maschinenfabrik in Blauen i. V. wurden in den letzten Tagen durch Ueberreichung einer neuen Arbeitsordnung in nicht gerade angenehmer Weise überrascht. Während es sonst üblich ist, bei Änderungen der Arbeitsordnung der Arbeiterschaft Gelegenheit zur Gegenäußerung zu geben, ist man hier gegenständlich bemüht gewesen, die beabsichtigte Aenderung der Arbeitsordnung der Arbeiter

schaff gegenüber streng geheim zu halten. Dabei ist leider die beschämende Tatsache zu beobachten, daß die auserwählten Vertreter der Arbeiter, der Arbeiterausschuss, hierbei ganz erbärmliche Sandlangerdienste geleistet haben. Wenn eine Fabrikleitung aus naheliegenden Gründen nämlich, wie das Mähdien aus der Fremde, mit einer neuen Arbeitsordnung auf der Wildfläche erscheint, so ist dies noch zu verstehen, wenn auch durchaus nicht zu billigen. Wenn aber bei solch verwerflicher Geheimniskrämerei der Arbeiterausschuss hilflos Freundschaftsdienste leistet, so bedeutet dieses alles andere, nur keine Vertretung der Arbeiterinteressen. Dabei sind diese gewählten Vertreter alles waschechte, „moderne“, sogenannte „rückgratfesteste“ Verbändler. Wir fragen nun: Warum hat der Arbeiterausschuss den Arbeitern von der geplanten Aenderung der Arbeitsordnung keine Kenntnis gegeben? U. A. m. g. Da es bisher nicht gesehen ist, trägt der Arbeiterausschuss für diese Vorgänge die volle Verantwortung, und die Arbeiterchaft kann sich bei diesen Vertretern von der roten Fakultät bedanken.

Nun zur Arbeitsordnung selbst! Bisher war bei jedem Paragraphen auch auf den in Frage kommenden Paragraphen der Reichsgewerbeordnung hingewiesen. Das ist vorichtigterweise in der neuen Arbeitsordnung fortgeblieben. Ferner ist in der neuen Arbeitsordnung die 7 tägige Kündigung abgeschafft worden, während die 14 tägige Lohnzahlung beibehalten wurde. Hier hätte der Arbeiterchaft unbedingt Gelegenheit zu einer Neukerung gegeben werden müssen. Denn in die heutige Zeit gehört ohne Zweifel eine 8 tägige Lohnzahlung. Desto mehr ist auf andere, die Arbeiterchaft bedrückende Angelegenheiten, Gewicht gelegt worden. So muß von jetzt ab jeder Arbeiter 10 Mk. Kaution stellen, obgleich, wie bisher, auch in Zukunft 3 Tage Lohn stehen bleiben. In der vorigen Arbeitsordnung wurde verächtlich gesagt: „Es kann bei der Lohnzahlung zur Sicherung gegen Kontraktbruch ein Viertel des durchschnittlichen Wochenlohnes einbehalten werden.“ Jetzt ist man nicht mehr so bescheiden; obwohl die Kündigung abgeschafft ist, wird gesagt: „Es wird von jedem Arbeiter eine Kaution von 10 Mk. einbehalten.“ Das gegenüber solchen horrenden Ansprüchen daran gedacht wäre, bei Akkordarbeit den Arbeitern den vereinbarten Stundenlohn zu garantieren, davon ist keine Rede, auch nicht davon, daß sich der Arbeiterausschuss ein Mitbestimmungsrecht über die Höhe des Tagesarbeitsverdienstes. Auch hier hat der Arbeiterausschuss aromkühlig der Direktion die Festlegung der Strafen allein überlassen.

Beim Kapitel „Strafen“ sind nicht weniger als 19 Arten vorzusehen. Die etwa zu zahlenden Strafgelder bewegen sich von 10 Pf. aufwärts bis zur Höhe des Tagesarbeitsverdienstes. Auch hier hat der Arbeiterausschuss aromkühlig der Direktion die Festlegung der Strafen allein überlassen.

Die Bestimmungen über die „Arbeitervertretung“ klingen in ihrem Schlusssatz sehr drastisch: „Abmachungen mit dem Arbeiterausschuss sind maßgebend und rechtsverbindlich für sämtliche Arbeiter der Fabrik.“ Hier wäre es jedenfalls notwendig gewesen, die Verhältnismäßigkeit vorzusehen; doch unbequeme Sachen werden einfach unterdrückt.

So ist der Arbeiterchaft unter offizieller Mitwirkung des Arbeiterausschusses durch diese neue Arbeitsordnung eine ganze Reihe von Pflichten aufgebürdet worden, ohne daß ihr auch nur die geringste Gelegenheit zur Gegenübernahme gegeben wurde. Hier ist einmal richtig der Bod zum Gärtner gemacht worden, trotzdem wird nach wie vor verkündigt werden, nur wir allein sind die berechtigten Vertreter der Arbeiter. Wohl bekomms! Selbstverständlich ist durch diesen Vorgang, indem die berechtigten Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten wurden, eine große Erregung unter die Arbeiterchaft der Postländischen Maschinenfabrik gekommen. Wäre darum bei zukünftigen Wahlen die Arbeiterchaft auf der Hut sein und nur solche Kollegen in den Arbeiterausschuss entsenden, die eine solche Vertretung der Arbeiterinteressen nicht mitmachen. E. S.

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Wir haben in der Vergangenheit schon öfter betont, daß unsere Kollegen mehr als bisher Wert darauf legen müssen, sich der Organe der Arbeiterversicherung zu bemächtigen oder sich ein Mitbestimmungsrecht darin zu sichern. Die sozialpolitische Gesetzgebung hat von jeher darauf gehalten, den Arbeitern wenigstens ein Stück Selbstverwaltung an den Kassen zu überlassen. Wer diese Selbstverwaltung

ausübt, d. h. also mit anderen Worten, wer in den Vorständen, Ausschüssen usw. der Arbeiterversicherung die Mehrheit hat, kann großen Einfluß auf die Leistungen der Versicherungen ausüben.

Am meisten Gelegenheit dazu ist in der Krankenversicherung gegeben. In den Orts- und Betriebskrankenkassen besitzen die Arbeiter zwei Drittel aller Stimmen in der Generalversammlung sowohl als auch im Vorstand, und sie haben dort auf die Handhabung des Gesetzes den denkbar größten Einfluß. Von sozialdemokratischer Seite hat man es wohl verstanden, sich das nutzbar zu machen. Nicht nur, daß diese in einer großen Anzahl von Kassen die Mehrheit in den Vorständen besitzen, haben sie in vielen Fällen die Kassen völlig in eigene Hand genommen, das soll heißen, es sind die aus der Verwaltungsbürokratie hervorgegangenen Beamten durch Leute aus Arbeiterkreisen ersetzt worden. Damit haben die Sozialdemokraten nicht nur es verstanden, sich einen erheblichen Einfluß auf die Leistungen der Versicherungen zu erwerben, sondern haben sich damit auch eine wirtschaftliche Macht errungen, die sie im Interesse ihrer Partei- und Gewerkschaftsbestrebungen sehr wohl auszunutzen wissen.

Was von der Krankenversicherung gilt, das hat, wenn auch in geringerer Maße, Geltung für die Invalidenversicherung. Zwar ist dort eine völlige Besetzung der Verwaltung durch Arbeiter nicht möglich. Die Verwaltung liegt stets in bürokratischen Händen, d. h. in Händen von Beamten. Aber alle wichtigeren Beschlüsse, die gefaßt werden, müssen dem Ausschuss und Vorstand unterbreitet und von ihm genehmigt werden. Dazu kommen im weiteren die Ehrenämter, die im Streitverfahren für Arbeiter geöffnet sind, der Weisiger an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und der Weisiger am Reichs-Versicherungsamt. Zum Teil gehören hierher auch die Weisiger bei den unteren Verwaltungsbehörden. Fragt man, wie alle diese Organe zustande kommen, so ist die Antwort darauf die: sie wachsen alle aus den Vorständen der Krankenkassen heraus. Die Krankenkassenvorstände wählen die Weisiger bei der unteren Verwaltungsbehörde, diese wählen die Mitglieder des Ausschusses der Landes-Versicherungsanstalt; die Mitglieder dieses Ausschusses wählen die Schiedsgerichtsbeisitzer; die Schiedsgerichtsbeisitzer wählen die Weisiger am Reichs-Versicherungsamt. Ein Organ widert sich aus dem anderen heraus, und wer die Mehrheit in den Krankenkassenvorständen hat, hat damit die Mehrheit in allen anderen Versicherungsorganen.

Wir sind als Organisation verpflichtet, es nicht zu dulden, daß nur allein die sozialdemokratischen Organisationen die Stellen besetzen, sondern haben der ganzen Arbeiterbewegung gegenüber die Pflicht, uns bei diesen Wahlen zur Geltung zu bringen. Was wir fordern, deckt sich durchaus nicht mit dem, was auf sozialdemokratischer Seite vertreten wird. Wir müssen selbst für unsere Forderungen kämpfen, selbst unseren Ideen Bahn zu brechen verstehen. Möglich ist das aber nur, wenn wir den absoluten Willen haben, bei diesen Wahlen zu den Arbeiterversicherungsorganen zu größerem Einfluß zu gelangen. Und wir müssen in der Richtung viel mehr entschiedenes Auftreten von den Ortsvereinen und Ortsverbänden erwarten.

Was uns Veranlassung gibt, diese Frage erneut wieder anzuführen, ist eine Zeitungsnotiz, die besagt, daß in Dortmund und vor kurzem die Wahlen zur Ortskrankenkasse stattgefunden haben, daß sich an diesen Wahlen nur die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften beteiligten. Wir fragen: Warum haben sich unsere Dortmunder Kollegen an dieser Wahl nicht beteiligt? Wenn schon in einer Großstadt, in einem uns immerhin noch verhältnismäßig günstigen Gebiet, die Ortsverbände darauf verzichten, in solche Wahlen einzugreifen, um unseren Standpunkt dabei zur Geltung zu bringen, so ist das sehr bedauerlich. Wir dürfen das Kampffeld den Gegnern nicht ohne Schwertstreich überlassen. Eine Bewegung, die das tut, gibt sich selbst auf. Gewiß, es sind hundert Entschuldigungen vorhanden, die geltend gemacht werden können dafür, daß man sich an der Wahl nicht beteiligt. Die Wahl kostet Geld. Gut, aber eine Bewegung, die die absolut nötigen Geldmittel dazu nicht aufbringen könnte, hätte damit bemessen, daß ihre Mitglieder nicht die nötige Opferwilligkeit besitzen, die sie aus ihren Pflichten als Gewerksvereiner ergibt. Oder man sagt, unsere Kollegen sind nicht arbeitsfähig, nicht begeistert genug, um sich an solchen Wahlen zu beteiligen. Aber glaubt denn jemand, sie würden arbeitsfähiger und begeisterter werden, wenn man sie auf dem Lehnstuhl sitzen läßt, wo sie gar nichts zu tun brauchen? Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit steigern sich in der Übung, steigern sich, wenn man sie mit den Kräften des Gegners mißt, und der Idealismus wird schon erwachen, wenn die führenden Personen vorausgehen und die Vorstände sich einer nie rastenden Erziehung und Aufklärung der Mitglieder widmen. Verzicht es nur! Gewiß, manchmal dauert es lange, ehe die Saat aufgeht. Aber wer nie sät, wird niemals ernten.

Was wir hier sagen, gilt nicht nur für die Kollegen in Dortmund, ja es gilt nicht einmal speziell für sie. Wir nehmen die Dortmunder Vorgänge nur als Anlaß, um erneut wieder den Finger auf eine Wunde zu legen, eine Wunde, die sich darin äußert, daß die Ortsverbände und Ortsvereine in tatensloser Resignation sich um manche ihrer wichtigsten Pflichten herumdrücken. Man darf von uns nicht verlangen, daß wir dazu schweigen. Wir sind verpflichtet, öffentlich zu reden, weil es auf einem anderen Wege nicht möglich ist, die Geister aufzurütteln. Und das soll hiermit in aller Freundschaft geschehen sein!

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. Oktober 1908.

Ueber die Reform der Arbeiterversicherung sollen, wie die offizielle „R. Pol. Korr.“ mittelt, Ende Oktober im Reichsamt des Innern Konferenzen mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfinden. Für den 28. Oktober sind Vertreter der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts- und Krankenkassen und der freien Hilfsklassen sowie Vertreter der Kassenbeamten geladen. Am 24. Oktober wird über die Frage des Arzneimittelbezugs für Krankenkassen und der Behandlung von Zahnkrankheiten ebenfalls unter Zugiehung ausgewählter Sachverständiger sämtlicher Interessentengruppen verhandelt. Für den 27. Oktober ist eine Besprechung mit Vertretern der Unfallversicherungsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten und der Ausführungsbehörden unter Beteiligung von Vizepräsidenten des Reichsversicherungsamtes angesetzt. Außerdem sind zu allen Verhandlungen, deren Leitung durch den Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. v. Bethmann-Hollweg, erfolgen wird, die beteiligten Reichsbehörden, die größeren Bundesstaaten und das Reichsversicherungsamt eingeladen.

Danach scheint es ja, als wenn wirklich etwas geschehen sollte. Darauf deutet auch die Tatsache hin, daß die Knappschaftsberufsgenossenschaft auf ihrer kürzlich stattgehabten Generalversammlung bereit ist, entschieden Stellung zur Arbeiterversicherungsreform genommen hat. Der Vorsitzende, Geh. Berg- und Kräfte, beurteilte aus schärfste die Pläne, die an die Deffentlichkeit gelangt sind, weil sie eine schwere Beeinträchtigung der Rechte der Berufsgenossenschaften bedeuteten. In der Versammlung, so rief der Herr empört aus, sei wohl niemand, der nicht für diese Behandlung, für die ein parlamentarischer Ausdruck fehle, die tiefste Entrüstung empfinde. Die ehrenamtlichen Organe der Berufsgenossenschaften könnten es sich aber nicht gefallen lassen, als Wahn für ihre aufopfernde, angestrengte Tätigkeit mit einem Tritt in die Ecke gestoßen und als bloße Schatten behandelt zu werden.

Selbstverständlich fanden diese Ausführungen bei den Versammelten lebhaften Beifall. Die armen Berufsgenossenschaften! Leider hat man nur bis jetzt noch immer die Erfahrung machen müssen, daß auf die Wünsche jener Herren viel zu viel Rücksicht genommen worden ist.

Gegen die Erhöhung der Tabaksteuer wollen jetzt auch die Zigarrenhändler Stellung nehmen. Ihre Interessensvertretung, der Verein der Tabakinteressenten Deutschlands, der seinen Sitz in Berlin hat, hat in diesen Tagen beschlossen, sobald die Tabaksteuererhöhung veröffentlicht worden ist, in Gemeinschaft mit den übrigen Vereinigungen der Branche einen Zigarrenhändlertag nach der Reichshauptstadt einzuberufen. Man beabsichtigt dafelbst, gegen jede neue Belastung des Tabaks entschieden Protest einzulegen.

Man sieht daraus, daß nicht nur die Zigarrenarbeiter und Zigarrenfabrikanten, sondern auch die Zwischenhändler die Gefahr einer verschärften Tabaksteuer rechtzeitig erkannt haben. Offenlich gelingt es ihnen vereinigten Bemühungen, das geplante Attentat auf die Existenz der Tabakindustrie zu vereiteln.

Die Forderungen des Gewerksvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter sind, wie bekannt, in einer Schrift, enthaltend die vier auf dem letzten Delegiertenkongress gehaltenen Referate und das Programm des Gewerksvereins, in der Deffentlichkeit verbreitet worden. Die Broschüre hat Blätter vom Schlag der „Post“ und der „Hamburger Nachrichten“ Anlaß zu einer Kritik gegeben, auf die wir die Antwort nicht schuldig geblieben sind. Mit einer kleinen Variation eines Schillerwortes möchten wir sagen: „Wo alles haßt, kann die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ nicht lieben.“ Wenn auch etwas spät, kommt das Blatt in seiner letzten Nummer ebenfalls auf die genannte Broschüre zurück, die sie natürlich genau so kritisiert wie die beiden anderen oben genannten Blätter. Die Unternehmer sind danach die reinen Engel und die Arbeiter, insbesondere die in den Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereinen organisierten, undankbaren Gesellen, die durchaus nicht anerkennen wollen, was alles Gutes für sie von den Unternehmern geleistet wird.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein und würde auch keinen Zweck haben, in einzelnen auf die Einwendungen der Arbeitgeber-Zeitung zu erwidern. Bezeichnend ist die Bemerkung, daß das Unternehmertum mit den Deutschen Gewerksvereinen ebensowenig paktieren könne, wie mit der sozialdemokratischen Richtung. Also auch hier wieder die Ansicht, daß die Gewerksvereine die Interessen der Arbeiter zu radikal vertreten, während die sogenannten „freien“ Gewerkschaften uns mit besonderer Vorliebe als Schutztruppe der Unternehmer und wie die Rosenamen sonst heißen, bezeichnen. Ein Glück, daß wir weder nach dem Urteil der einen, noch nach dem der anderen Seite zu fragen haben. Auf beiderseitigen Beifall verzichten wir und heben nochmals besonders hervor, daß gerade die Tatsache, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit uns nicht zufrieden ist, uns als ein Beweis gilt, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, den wir auch, ohne nach diesen Kläffern zu fragen, unbeirrt weiter verfolgen werden.

Wegen eines Eingriffs in ihr Koalitionsrecht herrscht unter den Technikern der Torpedowerkstatt in Friedrichshagen große Erregung. Dieselben streben schon seit Jahren nach einer Verbesserung ihrer Lage, insbesondere auch nach der Erlangung der Beamtensstellung. Ihre dahinzielenden Petitionen und Vorstellungen fanden jedoch bei der Behörde kein geneigtes Ohr. Schließlich wurde die Angelegenheit in der Fachpresse eingehend behandelt. Verschiedene Artikel beschäftigten sich mit den begünstigten Verhältnissen auf der Torpedowerkstatt, und die Wünsche der dort beschäftigten Techniker wurden im einzelnen dargelegt. Diese zum Teil allerdings in der Fassung ziemlich scharf gehaltenen Artikel erregten in hohem Maße das Mißfallen der Leitung der Torpedowerkstatt, die daraufhin von den Technikern verlangte, sie sollten jene Artikel zurücknehmen. Diese konnten jedoch nicht finden, daß darin anderes als den Tatsachen Entsprechendes behauptet sei, und bedauerten nur die Form, in der dieses geschehen. Das Ende vom Liede war, daß am 30. September den sechs ältesten an der Torpedowerkstatt beschäftigten Technikern ihre Stellung gekündigt wurde. Daraufhin hat auch der Technikerverein in Kiel zu der Sache Stellung genommen, indem er eine Versammlung für Ingenieure, Techniker und Architekten einberief, die zum Schluß eine Resolution annahm, in der sie „mit Entzückung Kenntnis nimmt von dem Vorgehen der Kaiserlichen Torpedowerkstatt in Friedrichshagen gegenüber ihren technischen Privatangeestellten. Sie betrachtet die Kündigung der sechs Herren als eine Maßregelung kraßster Art und einen Eingriff in das den technischen Privatangeestellten zustehende Koalitionsrecht. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß eine Behörde es unternimmt, dieses Recht zu mißachten, und spricht den Gemäßigten ihre volle Sympathie aus“.

Dieser Vorgang, ebenso wie die Ereignisse in der Maschinenfabrik Augsburg, zeigt auch den technischen Angestellten, wie bitter not ihnen der Zusammenstoß in einer festen Organisation tut. Er ist aber weiter ein Beweis dafür, daß die Kämpfe, die die technischen Angestellten zur Verbesserung ihrer Lage zu führen haben, von derselben Art sind wie die der Handlungsgehilfen und Arbeiter. Hoffentlich trägt diese Erkenntnis mit dazu bei, daß man endlich von dem hier und da noch hervortretenden Standesdünkel abläßt und vielmehr daran denkt, Schulter an Schulter mit den Arbeitern für die Hebung der geistigen und materiellen Wohlfahrt aller Angestellten zu streiten.

Arbeiterbewegung. Bei dem für die Firma Gerson in Berlin arbeitenden Zwischenmeister Grünbaum war es zu Differenzen gekommen, weil eine von den Damenschneidern geforderte Lohnerhöhung abgelehnt wurde. Inzwischen ist es gelungen, den Konflikt beizulegen. — In einer Lohnbewegung befinden sich die Schlosser in Straßburg i. E. Sie verlangen eine Regelung der Lohnverhältnisse, für Ueberstunden einen Zuschlag von 25 pCt., für Nacht- und Sonntagsarbeit einen solchen von 50 pCt. Die Arbeitszeit soll 10 Stunden nicht überschreiten. Die Bedingungen sollen tariflich festgelegt werden. Obgleich die Meister innerhalb der festgesetzten Frist auf die Forderungen der Gehilfen nicht geantwortet haben, haben diese beschlossen, einweisen noch eine abwartende Stellung einzunehmen. — Die Kohlenarbeiter in Nürnberg haben einen Tarif abgeschlossen, der ihnen neben Lohnerhöhungen nach dreijähriger Tätigkeit einen dreitägigen, nach fünfjähriger Tätigkeit einen viertägigen Urlaub gewährt. — In Danzig und in Rathenow sind die Dachdecker in den Streit getreten. — Auf den Debersgraben bei Kimberley (Südafrika) ist es zu Differenzen gekommen. Die dort beschäftigten Mechaniker wünschten die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags, weshalb sie einfach entlassen wurden. — Die Aussperrung in der englischen Textilindustrie dauert mit unverminderter Schärfe fort. Der Handelsminister Churchill ver-

sucht allerdings eine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen. — In Neapel ist ein Metallarbeiterstreik ausgebrochen, der aber auch auf andere Industriezweige übergegriffen und die Polzarbeiter, die Arbeiter der Konservenfabriken, die Bäcker und andere zur Arbeitsniederlegung veranlaßt hat. Im ganzen sind an 25 000 Arbeiter daran beteiligt.

Selbe Verbände und Arbeitsnachweis. In einer unserer letzten Nummern schilderten wir, welche liebevolle Bevorzugung die „Arbeits-Ztg.“ den Gelben bei der Besetzung von Stellen zuteil werden lassen möchte. Diese Zuneigung zu den Gelben scheint aber doch in Unternehmerrreisen keine ganz ungeeilt zu sein. Denn wie das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ mittelt, vertrat der Referent, der diese Frage in München auf der Arbeitsnachweis-Konferenz behandelte, die Ansicht, die Arbeitgeber müßten sich der gelben Bewegung gegenüber abwartend verhalten und dürften sie nicht künstlich großziehen; aber andererseits müsse man sie insoweit unterstützen, daß sie zwischen den Roten und Schwarzen existieren könnten. Ein Diskussionsredner warnte vor den Gelben, da diese ausgeprophete Schöpfkinder der Regierung seien und als solche eine Macht bekommen könnten, die dem Arbeitgeberum verhängnisvoll werden dürfte, schon um deswillen, weil man gegen die, die man großgezogen, nicht mehr so leicht ankämpfen könnte. Der Meinung eines anderen Redners, man solle die Gelben im Arbeitsnachweis bevorzugen, wurde widersprochen mit dem Hinweis, daß man da durch die Roten ins gelbe Lager treibe, die dann die Gelben wieder röter machten; im übrigen aber gebe es auch gar nicht an, daß man etwa einen weniger tüchtigen gelben Arbeiter einem tüchtigen roten auf Kosten des Unternehmers vorziehe.

Diese Tatsachen zeigen, daß auch die Bäume der Gelben nicht in den Himmel wachsen werden. Das Unternehmertum hat ein Interesse daran, auch sie nicht allzu stark werden zu lassen, weil sie sonst in einer schwachen Stunde leicht sich gegen die Unternehmer selbst wenden könnten. Weiter zeigen die Darlegungen den Gelben, daß sie lediglich benutzt werden als Sturmbaum gegen die anderen Organisationen. Ein Arbeiter, der etwas auf seine Ehre hält, der müßte es entschieden ablehnen, mit einer solchen Gemeinschaft etwas zu tun zu haben. Uebrigens ist es auch interessant, wie die Unternehmer über das Verhältnis der Roten zu den Gelben denken. Die beiden Farben sind nahe verwandt und laufen leicht ineinander über. Diese Beobachtung haben auch die Herren Unternehmer offenbar gemacht. Uns ist dies schon längst nichts Neues.

Schäbige Kampfesweise. Wie verschiedene Tageszeitungen berichten, hat in Lübeck der Sekretär des Wahlvereins der Liberalen das ihm geschenkte Vertrauen gemißbraucht und ist mit der Vereinskasse durchgebrannt. Also ein Vorgang, der sich leider öfter abspielt. Der „Vorwärts“ aber und nach ihm sicherlich auch andere „zielbewusste“ Blätter fügen der Notiz die Bemerkung hinzu, daß der Betrüger „dem Hirsch-Dunckerischen Metallarbeiterverband“ (soll heißen Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter. D. Red.) angehört habe.

Wozu denn diese niedrige Denunziation? Glaubt man denn auf jener Seite wirklich, für die Schultigkeit eines einzelnen Mitgliedes eine ganze Organisation verantwortlich machen und in der Achtung der Öffentlichkeit herabsetzen zu können. Dann würde es sowohl um die sozialdemokratische Partei wie auch Gewerkschaftsbewegung herzlich schlecht bestellt sein. Denn es vergeht keine Woche, wo nicht eine statliche Elite von solchen Elementen veröffentlicht werden könnte, die ein ihnen übertragenes Partei- oder Gewerkschaftsamt zu unlauteren Zwecken gemißbraucht haben. Wer derartige Vorkommnisse als Waffe im Kampfe gegen den Gegner anwendet, der muß um gute Gründe, die für die eigene Sache sprechen, arg in Verlegenheit sein und stellt sich ein glänzendes geistiges Armutzeugnis aus.

Mit einem Mitgliederrückgang haben auch die christlichen Gewerkschaften zu rechnen. Auf einer Bezirkskonferenz des christlichen Verbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter für den Bezirk Schwaben, wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte zurückgegangen sei. Als die Hauptursache des Mitgliederrückganges wurden die von den Unternehmern begründeten gelben Arbeitervereine bezeichnet.

Gerade die christlichen Gewerkschaften haben mit hämischer Freude immer auf den Mitgliederrückgang in einzelnen unserer Gewerksvereine hingewiesen und so getan, als ob bei ihnen so etwas unmöglich wäre. Wenn alle christlichen Organisationen ehrlich Rechnung legen würden, würde sich bald zeigen, daß auch in anderen Verbänden die Mitgliederzahl erheblich ge-

ringer geworden ist. Uebrigens ist es charakteristisch, daß gerade die gelben Vereine an dem Mitglieder-rückgang schuld sein sollen. Das läßt doch den Schluß zu, daß die christlichen Mitglieder besonders leicht den Lockungen jener Gebilde unterliegen.

Generalfreik — Generalunfuss. Es ist noch keine zwei Monate her, da beschäftigte sich der „Vorwärts“ mit dem verunglückten Generalfreik in Paris. Der Mißerfolg mußte offen zugegeben werden, und gleichzeitig wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die neue Enttäuschung mehr als die früheren zur Selbstbesinnung in den aktiven Kampfzonen der gewerkschaftlichen Organisationen beitragen mögen. Vielleicht allerdings, so hieß es in dem Artikel, „muß die Rettung aus der Proving kommen, aus den Bezirken der Großindustrie, wo der harte Kampf, der um jeden Fußbreit Bodens geführt werden muß, den Arbeitern nicht Zeit und Lust zu den Phantastereien läßt, die im Kleinbürgerlichen Milieu der Pariser Arbeiter und in der fauligen Atmosphäre der weltstädtischen Deladung üppig gedeihen“. Das war eine Preisgabe des Generalfreiks, wie man sie gerade im „Vorwärts“ nicht erwartet hätte. Auch daß in einem den bevorstehenden Tagungen der französischen Gewerkschaften und der französischen Sozialdemokratie gewidmeten Pariser Artikel des „Vorwärts“ ironisch von dem „Dogma des wunderwirkenden Generalfreiks“ gesprochen werden konnte, ist bezeichnend für die Wandlung der Anschauungen in der Redaktion des genannten Blattes. Sollte da wirklich noch eine Besserung möglich sein? Sollten die läßlichen Erfahrungen, die man auch anderswo mit dem Generalfreik gemacht hat, wirklich eine heilsame Wirkung auf die Radikalinstik ausgeübt haben? Vielleicht hat dazu auch der Verlauf des italienischen sozialdemokratischen Parteitagés mit beigetragen. Italien ist dasjenige Land, in dem man schon verschiedentlich Versuche mit dem Generalfreik gemacht hat, immer mit negativem Erfolge. Kein Wunder daher, wenn auf dem Parteitage die Ansicht zum Ausdruck kam, daß der Generalfreik „in der heutigen Gesichtsepoche“ eine gefährliche Waffe wegen seiner spärlichen unmittelbaren Erfolge ist und daß er „von der gebulbigen Arbeit der Organisation, Hebung und schrittweisen Eroberung ablenkt“.

Was würde wohl der alte Auer sagen, wenn er noch heute erleben könnte, daß das von ihm geprägte Wort: „Generalfreik ist Generalunfuss“, allmählich selbst von den Unentwegten in der „Vorwärts“-redaktion anerkannt wird!

Allzusehr macht Hartig. Für die drei Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark haben sich die Unternehmer zu dem sogenannten „Scandinavischen Arbeitgeberverband“ vereinigt, dessen Einfluß also über die nationalen Grenzen hinausreicht. Dieser Arbeitgeberverband besitzt eine gewaltige Macht, da seine Hauptaufgabe darin besteht, bei allen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen, und alle im einzelnen getroffenen Vereinbarungen von seiner Zustimmung abhängig sind. Die dem Verbands angeschlossenen Arbeitgeber sind gegen Zahlung einer hohen Konventionalstrafe verpflichtet, in allen Differenzen nur vorläufige Abmachungen zu treffen und diese nicht eher in Kraft treten zu lassen, als bis das Zentralkomitee des Verbandes seine Zustimmung gegeben hat. Nun ist es schon mehrfach vorgekommen, daß dieser Arbeitgeberverband die getroffenen Abmachungen verworfen und dadurch zur Verschärfung und Verlängerung der einzelnen Konflikte beigetragen hat. Das ist auch kürzlich geschehen bei einem Kampfe in den Notodden-Werken, einer großen chemischen und Papierfabrik, in der vor einigen Monaten beinahe 2000 Arbeiter in den Streik getreten waren. Nach vielen Bemühungen war es dem Minister für öffentliche Arbeiten gelungen, eine Einigung herbeizuführen. Da aber das Zentralkomitee des Arbeitgeberverbandes die getroffenen Vereinbarungen nicht anerkannte, mußte der Kampf trotz der erzielten Einigung fortgesetzt werden. Die Leitung des Werkes wußte sich allerdings damit zu helfen, daß sie die streikenden Arbeiter selbst in anderen Betrieben verwendete, um ihre Abwanderung zu verhindern. Immerhin blieben noch rund 400 Mann zu unfreiwilliger Miße verurteilt. Diese unhaltbare Situation wurde nun Ende der vergangenen Woche dadurch beseitigt, daß die Notodden-Werke einfach aus dem Arbeitgeberverband austraten und das Abkommen mit den Arbeitern in Kraft treten ließen.

Damit haben die Scharfmacher des Arbeitgeberverbandes eine moralische Ohrfeige empfangen, die sie noch lange Zeit fühlen dürften und die vielleicht mit dazu beiträgt, den Herren für die Zukunft etwas das Hauswerk zu legen.

Die 371. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen (die erste in dieser Saison) findet am Sonntag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Königl. Hochschule für Musik, Charlottenburg, Gärtenbergstraße, statt. Es werden mit-

wirken: Herr Dr. Plattensteiner, Rezitation („Wiener Humor“), Frau Jeannette Grumbacher-de Jong, Gesang, Herr Hjalmar Arberg, Gesang und Herr Alexander Pejschnitoff, Violine.

Gewerkevereins-Teil.

§ 3. Zaborze. Unter dem Banner des neuen Vereinsgesetzes. Wie das neue Vereinsrecht von der Polizei gehandhabt wird, zeigt folgender Fall: Als am 31. August zwischen den Arbeitern und der Verwaltung der Conf. Bonnersmarktgrube (Abwehrschacht Mikulshöh) Differenzen entstanden, beschloßen die Arbeiter, die im Gewerkeverein der Bergarbeiter (G.D.) organisiert sind, für Sonntag, den 6. September, eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, um Stellung zu nehmen gegen die Maßnahmen der Verwaltung und der Knappschaftskassen. Da aber auf der Abwehrgrube zwei Organisationen in Frage kommen und zwar außer dem Gewerkeverein der Altvaterband Bochum, so beschloßen die beiden Bezirksleiter gemeinschaftlich vorzugehen. Die Anstosfen wurden natürlich zur Hälfte getragen und die Plakate in der Druckerei der Gazette Robottin gedruckt. Das veranlaßte die gegnerische Presse, wie auch die Polizei, die Versammlung als eine sozialdemokratische zu bezeichnen. Die Versammlung war natürlich auch nicht angemeldet, und die Polizei hatte nichts erfahren, was da verhandelt wurde. Das ist aber ihr größter Fehler. Die Folge war, daß zuerst der Gastwirt eine Wile bekam in Form einer Stunde Verkürzung der Konzession bei Hochzeiten und Tanzvergüngen, Nachmessung der Sozialitäten, ob sie vorchriftsmäßig sind. Kurz und gut, er wird geschändet, und das Ende vom Liede ist, wir bekommen das Sozial nicht mehr zur Versammlung. Dann kam der Einbrucher daran. Der erhielt die Wile in Form eines Strafmandats wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen Versammlung, obgleich er sich streng an dem § 6 Abs. 3 des Vereinsgesetzes gehalten hat. Aber was fragt die Polizei nach den Vorschriften des Gesetzes. Sie legt sie aus, wie es ihr paßt und respektiert noch nicht einmal das Versprechen des Ministers. Das Krassste aber ist, daß die Polizei in Mikulshöh sogar den Einbrucher der Versammlung als Lügner hinzustellen sich erlaube. Dazu muß noch folgendes hinzugefügt werden: Der Einbrucher der Versammlung hat die Handzettel zu derselben selbst verteilt. Bei der Verteilung trafen denselben zwei Wachmeister, die gegen die Verteilung nichts einzuwenden hatten. Das paßte aber dem Amtsvorstand nicht in den Kram, und der Wachmeister M. bekam einen Rüssel, weil er — wie der Verteiler der Handzettel zu Protokoll angegeben hätte — diesem die Erlaubnis zum Verteilen auf der Straße gegeben habe. Das ist aber die Unwahrheit; denn der Einbrucher wurde gar nicht zu Protokoll genommen und kann es auch nicht werden, weil er in einem anderen Amtsbereich wohnt. Das an die Behörde gerichtete Gesuchen um Aufklärung, wer jene Unwahrheit aufgebracht hat, ist bis jetzt unbeantwortet geblieben. Aus alledem aber können die Kollegen urteilen, mit welchen Schwierigkeiten die Arbeiterorganisation hier zu kämpfen hat und welche Mittel gegen sie angewendet werden.

E. Simbol.

§ 4. Zeit. Unser Ortsverband feierte das 40jährige Bestehen der Deutschen Gewerkevereine am 27. September durch eine Festversammlung, zu welcher vom Mitteldeutschen Ausbreitungsverbande Kollege Spröde. Halle als Festredner entsandt war. Derselbe schilderte eingehend die Entstehungsgeschichte der Deutschen Gewerkevereine, erläuterte ihre Grundzüge und lieferte den Nachweis, daß die anderen Organisationen unseren Anschauungen immer näher gekommen und unsere Unterstützungseinrichtungen nachgeahmt hätten. Das sei ein Beweis, daß die Deutschen Gewerkevereine sich auf dem richtigen Wege befinden, und müsse den Mitgliedern ein Ansporn sein, weiter zu arbeiten.

an der Aufklärung der deutschen Arbeiterchaft im Sinne der Deutschen Gewerkevereine. — **Kamm** und Umgebung. Unsere Feier des 40jährigen Bestehens der Organisation fand am 4. Oktober durch Veranstaltung eines Konzerts statt. Der Bedeutung des Tages gedachte in seiner Rede der Ort vorbansvorsitzende, Kollege Luast, der die Gründung und Entwicklung der Deutschen Gewerkevereine anschaulich schilderte, auf ihre Segnungen für die Arbeiterchaft hinwies und die Anwesenden aufforderte, für die Zukunft mit aller Energie für die Weiterausbreitung unserer Ideen zu agitieren.

Verbands-Teil.

Frauen-Begräbnisliste des Verbandes.
Leitung über eingesandte Beiträge.
Monat September 1908.
Frauen und Mädchen: Danzig 11, 0,25. **Grapp.** Berufe: Berlin III 2,78, Straßun 23,53. **Kaufleute:** Müller (2295) 1,17. **Konditoren:** Ratibor 0,60. **Maschinenbauer:** Breiten 2,34, Jordan-Berlin 2,34. **Schneider:** Leipzig 0,25, Hagen 0,75. **Schuhmacher:** Graubenz 0,25, Weigenfeld 0,25, Zeit 4,94, Weinheim 0,75, Rehl (2842) 1,44. **Textilarbeiter:** Forst 27,58, Großenhain 0,25. **Löcher:** Duisburg 1,04. **Gemeindearbeiter:** Berlin 2,75. **Summa 73,26 Mk.**
 Berlin, Oktober 1908.

R. Klein, Hauptkassierer. **S. Neufeldt,** Hauptkontrollleur.

*** Fränkischer Bezirksverband.**
 Durch das Vertrauen der Gewerkevereinskollegen vom Fränkischen Bezirksverband in Nürnberg mit der Leitung des hiesigen Arbeitersekretariats betraut, habe ich mein Amt nunmehr angetreten. Es wird meine vornehmste Aufgabe sein, mir durch treue Pflichterfüllung die Sympathie der Kollegen zu erringen und mit aller Energie und mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften für die große und ideale Gewerkevereinsache zu wirken. Soll aber meine Arbeit eine erprießliche sein und von Erfolg gekrönt werden, so ist die Mitarbeit der gesamten Kollegen für mich unentbehrlich. Ohne dieselbe kann meine Tätigkeit nur eine unvollkommene sein. Deshalb richte ich an den geschäftsführenden Ausschuß des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine sowie an die einzelnen Generalräte, dann aber auch an die verehrlichen Ortsvereinsauschüsse und Mitglieder die aufrichtige Bitte, mich in meinem Bemühen freundlichst unterstützen zu wollen. Denn eine absolute Notwendigkeit für unser Vormärtskommen ist, daß uns das Band der Einigkeit fest umschlingt und alles, was Zwiespalt in unsere Reihen zu tragen geeignet ist, ferngehalten wird. In diesem Sinne werde ich mein Amt ausüben und gebe mich der Hoffnung hin, daß wir so unsere gesunden Bestrebungen immer mehr zur Geltung bringen, zum Wohle der gesamten Arbeiterchaft.
 Nürnberg, den 10. Oktober 1908.
Friedrich Grülling, Arbeitersekretär.

Versammlungen.
Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. **Mittwoch, 14. Oktober.** Schlußvortrag des Kollegen **Ewin** über: „Das Reichsvereinsgesetz“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Liedertafel (G.D.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, **Leungshaus** in **Verbandshaus** der Deutschen Gewerkevereine (**Grüner Saal**). Gäste herzlich willkommen. — **Diskussionsklub Noabit.** Freitag, 16. Oktober, abends 8½ Uhr, Generalversammlung bei **Rabau, Waldstraße 58.** Vortrag des Kollegen **Wolter** über: „Staatsrat des Gewerbegerichts und Reformnotwendigkeit desselben.“ — **Deutsche Kaufleute IV.** Mittwoch,

14. Oktober, abends 9 Uhr, im **Verbandshaus**, **Greifswalderstr. 221/223**, Mitgliederversammlung. T.D.: Vortrag des Kollegen **Sirgfr.** Aufhäuser über: „Ausbildung und Ausbreitung der Handlungselchrlinge“. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine, **Mittwoch, 15. Oktober**, abends 8½ Uhr, **Verbandshaus**, **Greifswalderstr. 221/223**, Mitgliederversammlung. T.D.: Vortrag des Kollegen **Wolter** über: „Staatsrat des Gewerbegerichts und Reformnotwendigkeit desselben.“ — **Wachschützen- und Metallarbeiter II.** Wegen des in den Prachtzügen des Jahres stattfindenden Familienunterhaltungsfestes fällt die Versammlung aus. **Montag, 19. Oktober**, abends 8—10 Uhr, **Zahlabend**. — **Wachschützen- und Metallarbeiter III.** Pünktlich abends 8½ Uhr **Verbandshaus** bei **Rabau, Waldstraße 58.** T.D.: Monatsbericht. Vortrag von der kombinierten Aufsicht-Gesung. Unterstützungsgesuche. Vortrag des Kollegen **Dornblüth** über: „Programm der Gewerkevereine“. Antrag zur Generalversammlung des Arbeiternachweises. — **Wachschützen- und Metallarbeiter X.** Abends 8½ Uhr **Verf.** **Musikstr. 55.** Vortrag des Kollegen **Wolter** über: „Die Gewerkevereine und die öffentliche Meinung“. — **Friedrichsberg. Wachschützen- und Metallarbeiter.** **Sonnabend, 17. Oktober**, abends 8½ Uhr **Verf.** **im „Schwarzen Adler“, Frankfurt Chaussee 2. D. daselbst.**

Orts- und Bezirksverbände.
Gerne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im **Saale** des **Herrn E. Schulte-Wattler, Diskussionsklub**. — **Nachw.** (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. **Sonnabend** im Monat, abends 8½ Uhr, **Diskussionsklub** bei **Wendler, Ecke Hansemann- u. Zillikerstr.** — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden **Mittwoch**, 8½ Uhr präz., in **Hüttmanns Hotel, Boosstr.**, **Diskussionsklub** **Bredben** (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden **Dienstag** abends 8½ Uhr im **Sandbergstr. 28**, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg** (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, statt. — **Gagen u. Umg.** (Diskussionsklub). Jede **Freitag** **Sonnabend**, abends **Punkt 8½ Uhr** **Sitzung** bei **Strohmayr, Kirch- und Bergstr.** **Edelstein** (Diskussionsklub). **Sitzung** jeden **Donnerstag**, abends 9 Uhr, im **Restaurant „Bayer Röhling“**, **Erfurt** **Hamburg** (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. **Mittwoch** Monat bei **Pactom, Kaiser Wilhelmstraße**. — **Duisburg** (Ortsverband). Jeden **Montag**, abends 8½ bis 10½ Uhr, **Diskussionsklub** bei **P. Eisenburger, Banheimerstraße**. **Wahlheim a. Ruhr** (Ortsverband). Jeden **zweiten** **Tag** im Monat, vorm. 10 Uhr, **Vertretersitzung** beim **Job. Wöller, Sandstraße 38**. — **Cottbus** (Diskussionsklub). **Sitzung** jeden 2. und 4. **Dienstag** im Monat bei **Re. Vertretersitzung**. 120. — **Leipzig** (Gewerkevereins-Vereine). Die **Lebungsstunden** finden jeden **Mittwoch** abends 9—11 Uhr im **Vereinslokal „Stamm Hannover“**, **Seitstraße 25**, statt. Gäste und **unabhängige Mitglieder** herzlich willkommen. — **Lützenberg** (Ortsverband). Jeden 2. **Sonntag**, nachmittags 5 Uhr, und jeden 4. **Mittwoch** im Monat, abends 8½ Uhr, **Diskussionsklub** **Saale** des **Herrn Hengler**. **Sonntag, 1. November**, **Verbandsversammlung**. — **Hannover-Linden u. L.** (Ortsverband). **Sonntag, 18. Oktober**, nachm. 8½ Uhr, **Versammlung** im **Saale** des **Herrn Borchers, Rickstr. 2. D. daselbst**. **Sonntag, 25. Oktober**, vorm. 9½ Uhr, **findet** **Ausflug** **Sitzung** im der **Königswohl** statt. **Vertreter** werden **erlust** **pünktlich** zu **erfahren**. **Duedlinburg und Umgebung** (Ortsverband). **Sonntag, 18. Oktober**, nachm. 8½ Uhr, in **Idale** im **Wald** **Forelle** **Diszussionsversammlung**. **Vortrag** über: **deutsche** **Bürgerium** **und** **Arbeiterbewegung**. **Rede** **der** **Vorsitzende** **des** **Verbandes** **der** **Deutschen** **Gewerke** **Kollege** **Solbschmidt-Berlin**.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Arbeitsnachweis.
Hannover (Ortsverband). **Hr. Vöthe**, **Ecke** **Am** **kleinen** **Felde** **4 III**.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1907
 auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
 bei vorheriger Einsendung des Betrages.
 N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
 Bestellungen an den **Verbandskassierer**
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Fidelitas.
 Zeitschrift, enthaltend Lustspiele, Soloausagen, Complots (mit Musik), Kom. Vorträge u. dgl.
 Monatl. 1 Hft., Halbjährl. 2 Mk., Probeheft entn. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 bz.
Danzig. Durchgehende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei **E. Serbe**, **Wendischergarben 84.**
Barth (Ortsverband). Durchgeh. Gewerkevereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei **Herrm. Rühlke, Barthstr. 672.** **Arbeitsnachweis** daselbst.
Dr. Gladbach-Meyndt (Ortsverband). Durchgehende Kollegen jedes Berufes erhalten 50 Pfg. **Reiseunterstützung** im **Gewerkevereinsbureau**, **Ecke** **Bürgerstr.** **1**, in nächster Nähe des **Bahnhofes**. **Arbeitsvermittlung** sowie **Auskunft** in allen anderen Angelegenheiten, werden **kostenlos** an **jedermann** erteilt.
Nachn. (Ortsverband). Durchgehende Kollegen erhalten 1,25 Mk. auf dem **Arbeitersekretariat** **Nachn.**, **Walbertsteinweg 71.**

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine
 Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von K. Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Girsch. 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Zeitfaden zum Gewerbegerichtsgesetz von **Dr. Max Girsch.** Preis 80 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von **Dr. Max Girsch.** Preis 80 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von **Karl Goldschmidt.** Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk., 50 Exemplare 12,50 Mk.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine (Girsch-Dunder) von **Dr. Max Girsch.** Preis 1 Mark.
 Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Bücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für Vereinsbibliotheken, sind zum **Buchhandlungspreise** durch das **Verbandsbureau** zu beziehen.
 Der Bestellung bitten wir stets den **Geldbetrag** beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch **Nachnahme** erledigt wird.
 Bestellungen sind immer zu richten an den **Verbandskassierer** **Rudolf Klein**, **Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.**
Das Bureau des Zentralrats **Rudolf Klein.**